



über
Herrn Oberbürgermeister
Sven Gerich

Ca 13/8
f

über
Magistrat

und
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Christa Gabriel

an den Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr

Der Magistrat

Dezernat für Umwelt,
Grünflächen und Verkehr

Stadtrat Andreas Kowol

8 . August 2018

Bahnhof Wiesbaden-Ost - Bessere Verknüpfung der Verkehrsmittel und Erschließung neuer Arbeitsplatzstandorte

mit der Beschluss-Nr. 0112 (Vorlagen-Nr. 18-F-21-0008)

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 24.01.2018 -

Der Bahnhof Wiesbaden-Ost ist geographisch günstig gelegen und verfügt mit vier S-Bahnen pro Stunde und Richtung über ein überdurchschnittliches Verkehrsangebot inklusive einer guten Anbindung nach Frankfurt und Mainz. Als einer der größten Arbeitgeber Wiesbadens befindet sich InfraServ direkt gegenüber, zudem liegt der Ortskern Biebrich mit einem großen Fahrgastpotenzial in der Nähe.

Allerdings ziehen derzeit die nicht zeitgemäße Ausstattung, die enge und unattraktive Unterführung und das Fehlen einer barrierefreien Umstiegsmöglichkeit zwischen lokalem ÖPNV und S-Bahn die Nutzerzahlen nach unten. Seit dem Abriss der Bauernbrücke fehlt zudem eine Anbindung an Arbeitsplätze östlich der A671. Dies gilt für die bereits im Unteren Zwerchweg vorhandenen, wie auch für die im Zuge des Projekts Ostfeld geplanten Arbeitsplatzstandorte.

Insgesamt wird an diesem Bahnhaltelpunkt heute ein erhebliches Potenzial für den öffentlichen Personennahverkehr verschenkt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Ein Konzept für eine barrierefreie Verknüpfung zwischen lokalem ÖPNV und S-Bahn-Verkehr und ggf. weiteren Verkehrsmitteln zu entwickeln;
 2. Flächen zu identifizieren und zu sichern, die für die Errichtung eines für Fußgänger/innen und Radfahrer/innen nutzbaren Stegs zwischen Wiesbadener Landstraße und Unterem Zwerchweg mit barrierefreiem Gleiszugang nötig wären;
 3. Einen Zeithorizont für die Errichtung eines solchen Stegs aufzuzeigen;
 4. Gespräche mit der Deutschen Bahn und dem Land Hessen zu führen mit dem Ziel einer Förderung.
-

Berichtstext des Dezernates V:

Die Wiederaufnahme der Planungen zum barrierefreien Ausbau der Station Wiesbaden Ost, einschließlich der Verknüpfung mit den Bushaltestellen, ist mir ein sehr wichtiges Anliegen.

Die Station Wiesbaden Ost hat in Bezug sowohl auf die vorhandenen Gewerbeansiedlungen am Zwerchweg und in der Kasteler Straße / Wiesbadener Landstraße als auch zur S-Bahn-Anbindung des Biebricher Ortskerns einen hohen Verkehrswert. Eine Neuerrichtung der Bauernbrücke zwischen der Wiesbadener Landstraße und dem Gebiet Unterer Zwerchweg im Zuge der Schaffung von Barrierefreiheit am Bahnhof Wiesbaden Ost würde nach meiner Einschätzung eine städtische Verbindungsfunktion realisieren und bei Ausprägung als Brücke für Fußgänger- und Radverkehr auch die Trennungswirkung durch die Bundesautobahn 671 und das Gleisfeld aufheben können.

Im Hinblick auf die Stadtentwicklungsmaßnahme Ostfeld/Kalkofen sehe ich eine wichtige Rolle des Bahnhofs Wiesbaden Ost in der Erschließung der künftigen Wohnflächen und Arbeitsplätze dieses geplanten Stadtgebietes mit dem S-Bahnverkehr.

Ich habe daher Ihren o. g. Beschluss zum Anlass genommen die Lokale Nahverkehrsorganisation der Landeshauptstadt Wiesbaden zu bitten, den Bahnhof Wiesbaden Ost bei dem für den regionalen Schienenpersonennahverkehr zuständigen Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) zur Wiederaufnahme der Stationsentwicklungsplanung anzumelden. Ziel ist es, die Station Wiesbaden Ost in die nächste abzuschließende Rahmenvereinbarung zwischen Land Hessen und DB Station&Service AG aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

